

DER ROTE ANKER

Betriebszeitung der Deutschen Kommunistischen Partei
für die Buderus-Betriebe



April 1988

1. Mai 1988

Frieden für unser Land! Arbeit für alle! Solidarisch kämpfen!

Arbeitsplätze im heimischen Raum bedroht - Rheinhausen zeigt: Widerstand ist möglich und sinnvoll!

Der 1. Mai als Kampftag der Arbeiterbewegung ist besonderer Anlaß, sich die Situation der arbeitenden Menschen in unserem „sozialen Rechtsstaat“ vor Augen zu führen.

2,44 Millionen Menschen, davon 26 265 im Arbeitsamtsbezirk Wetzlar und Gießen, sind von dem anhaltenden Skandal der Arbeitslosigkeit betroffen.

Hunderttausende von ihnen sind durch Dauerarbeitslosigkeit in die neue Armut gestoßen worden. Als Sozialhilfeempfänger müssen sie sich Maßnahmen unterziehen, die die Menschenwürde mit Füßen treten („... dieser Wintermantel ist doch noch gut genug für Sie.“). In den Betrieben setzen die Unternehmer die Beschäftigten mit Hilfe von Gesetzen der Wenderegierung (z. B. Norbert Blüms Arbeitsförderungs-gesetz) und der Angst vor Arbeitslosigkeit („... wenn es Ihnen nicht paßt, können Sie ja gehen“), unter Druck.

Ihr Ziel ist es, die gewerkschaftlich erkämpften Rechte und Tarifverträge immer weiter zurückzudrängen und sich die Menschen gänzlich ihrem Profitdenken unterzuordnen. Stichworte wie Fle-

xibilisierung der Arbeitszeit, generale Samstagsarbeit, Sonntagsarbeit, keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Lohnverzicht, Erweiterung der Ladenschlußzeiten, Selbstbeteiligung hier und dort und nicht zuletzt weitere verschärfte Rationalisierung und Massenentlassungen stehen für diesen Kurs.

Seit neuestem will Oskar Lafontaine in diesem gewerkschaftsfeindlichen Orchester mit seiner Forderung nach Lohnverzicht allem Anschein nach die erste Geige spielen.

Kein Wunder, wenn diese Seite der Medaille, die der Konzernherren und Kapitaleigner golden blüh(m)t und „strahlt“ (die Atommafia läßt grüßen). Nur zu gerne schlagen diese Herren die Wirtschaftsseiten der FAZ auf, die Aufschluß über die riesen Gewinne geben, die Banken und Konzerne trotz oder gerade mit der Massenarbeitslosigkeit gemacht haben.

Doch die Angriffe von Kapital und Kabinett auf den sozialen Besitzstand sind nur das eine. Die zunehmende Gegenwehr und Abwehr der Betroffenen, das andere.

Fortsetzung Seite 4



1. Mai '88
DKP

Arbeitsplatzvernichtung bei Buderus 1988 beendet?

Vor fast einem Jahr (März 1987) veröffentlichten die WNZ und auch der „Rote Anker“ die Pläne zur „Gesundschumpfung“ des ehemaligen Buderuskonzerns. Besonders davon betroffen war das Werk Wetzlar, das zusammen mit dem Werk Staffel, dem Zementwerk und dem ehemaligen Betonwerk Burgsolms die neue BBA, d. h. Buderus Bau- und Abwassertechnik GmbH bildet. 1986 waren in Wetzlar noch ungefähr 1050 Arbeitsplätze vorhanden. Die Pläne der Herren im Aufsichtsrat, allen voran Dr. Laafs im Verein mit Rogge, Möllmann und Spiegelhalter, sahen vor, das Werk Wetzlar um 250 Arbeitsplätze ärmer zu machen. Und sie waren mit ihrem Abbau recht erfolgreich!

Dingen junge Kolleginnen und Kollegen) auf die Straße geflogen. Doch das Endergebnis bleibt das gleiche: Innerhalb knapp 2 Jahren wurde im Wetzlarer Werk die Belegschaft von 1050 auf geplante 750 „gesundgeschumpft“. Trotzdem wurde die Arbeit im Werk nicht wesentlich geringer. Das bedeutete für die im Werk Verbliebenen vermehrte Arbeitshetze, größere Flexibilität in der Arbeitszeit bei dringenden Terminen, kein Ersatz von erkrankten Mitarbeitern, Versuch neuer Schichtzeiten wie in der zentralen Schmelzanlage, Einsparung von Personal an allen Ecken und Enden. Das Ergebnis für den Raum Wetzlar ist genauso verheerend: 300 zerstörte Arbeitsplätze direkt

der Region Mittelhessen durch solch eine Konzernpolitik langsam die Kehle zgedrückt wird? Es ist nicht ganz so radikal, wie in Hattingen und Rheinhausen. Doch wenn sich die Betroffenen nicht rechtzeitig und radikal dagegen wehren, und das beginnt im Betrieb, im Kampf um jeden Arbeitsplatz und geht über den Mittelstand, Zulieferer usw. bis zu den kommunalen Spitzenpolitikern, ziehen die Banken und Konzerne einer ganzen Region das Fell über die Ohren, wie sie es in der Bundesrepublik an vielen Orten schon bewiesen haben. Doch zurück zu Buderus. Gibt es eine Garantie für die (dann) noch vorhandenen 750 Arbeitsplätze? Was zieht der Verkauf von Omniplast an einen französischen Kon-



Im Jahr 1987, vom 1. Januar 1987 bis 1. Januar 1988, verließen 200 Kolleginnen und Kollegen das Werk, teils mit Abfindungen, teils Aufhebungsverträgen und Vorruhestandsregelungen, teils freiwillig aufgrund der Krisensituation. Dieses Jahr folgte dann der nächste große Schub von ca. 100 Beschäftigten, nachdem durch langes Bemühen des Betriebsrates das Werk von der Erstattungspflicht bei der Entlassung älterer Kollegen über 55 Jahren befreit wurde. Hätte sich der Betriebsrat nicht so eindringlich bemüht, und wäre es nach den Plänen der Banken und Bosse gegangen, so wären schon 1987 im Juli 250 Beschäftigte (und dann vor allen

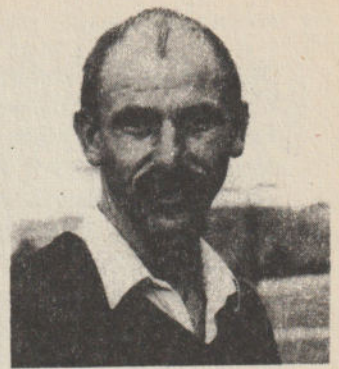
ohne die davon abhängenden Arbeitsplätze im Umfeld. Und das bei den Hiobsbotschaften von 400 vernichteten Arbeitsplätzen bei Leitz in Wetzlar, von ersten Entlassungen bei Pfeiffer in Aßlar und dies alles auf dem hohen Stand von Kurzarbeit im Wetzlarer Raum (höchster Stand im Februar in Hessen). Statt Turnhallenneubau, Domplatzgestaltung oder andere kommunalpolitische Themen, müßte die erschreckende Entwicklung auf dem „Arbeitsmarkt“ der Hauptschwerpunkt für unsere Kommunalpolitiker sein, oder wollen sie später im Armenhaus Mittelhessen residieren? Oder haben sie noch nicht gemerkt, daß

zern nach sich? was wird aus der Hauptverwaltung und ihren Angestellten, wenn die GmbH's im Sinne des Aufsichtsrats laufen? Hier gilt es wachsam zu sein und die Ohren und Augen offenzuhalten. Der „Rote Anker“ wird sich bemühen, in Zukunft wieder über alle geplanten und durchgeführten Konzernpläne, die sich gegen die Beschäftigten richten, zu informieren und zu berichten.



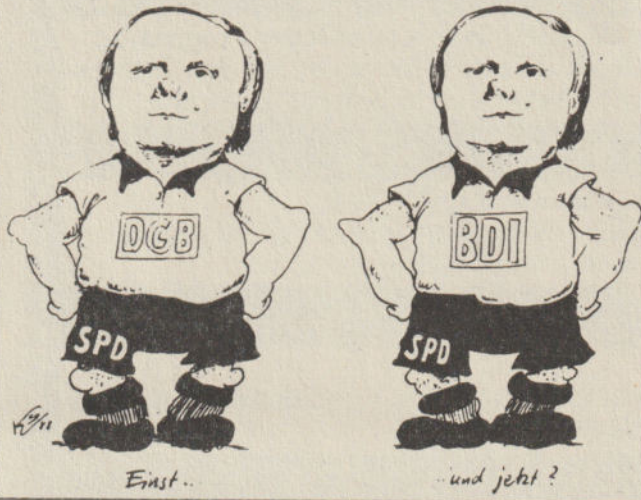
Mein Gott, Oskar . . .

Die Massenarbeitslosigkeit glaubt Oskar Lafontaine, stellvertretender SPD-Vorsitzender und Ministerpräsident des Saarlandes, abschaffen zu können. Auf den ersten unscharfen Blick mag Oskar's Rezept ganz verlockend erscheinen. Schaut man jedoch genauer hin, so wird schnell klar, auf welchem Rücken dieser Vorschlag ausgetragen werden soll. Sein Plan, Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich, bedeutet in Wirklichkeit Lohnverzicht für Arbeiter, Angestellte und Beamte. Damit fand er Beifall von Unternehmerseite und aus den Reihen von CDU/CSU, von den gleichen Kräften, die die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich in der Tarifrunde '84 bei Metall und Druck noch als dumm und töricht bezeichnet haben. Eine merkwürdige Koalition tut sich dort auf. Es scheint so, als ob sich Lafontaine mit seinem Vorschlag bei Unternehmern,



Egon Momberger, 38 Jahre, von Berufsverbot betroffener Postler, Mitglied des Kreisvorstands der DKP, verheiratet, 1 Kind, Nelkenweg 64, 6300 Gießen.

Trikotwerbung



der FDP und wohl auch bei der CDU als regierungsfähig anbieten will. Der Vorschlag, Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich ist unredlich und unannehmbar. Er ist ein Schlag ins Gesicht eines jeden aktiven Gewerkschafters.

Hier nur vier Argumente dagegen:

1. Trotz bescheidener Tarifabschlüsse in den letzten Jahren, trotz steigender Produktivität und Unternehmerngewinne, ist die Arbeitslosigkeit weiter angestiegen. Die Unternehmer sind nicht bereit, eine Arbeitsplatzgarantie zu geben.
2. Bei Lafontaine ist nichts zu hören und zu lesen von Kürzung der Rüstungsausgaben — als Voraussetzung z. B. zur Finanzierung von Beschäftigungsprogrammen. Solange der Rüstungsetat 70 Milliarden DM beträgt, solange z.B. 28 Milliarden DM Kostenbeteiligung für einen Kampfjäger 90 verpulvert werden, ist es nicht einsichtig, daß irgendein Beschäftigter bei der Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich auch nur auf einen Pfennig verzich-

tet.

3. Flick und seinesgleichen haben soviel Geld und Vermögen (siehe Serie in der Bildzeitung), daß sie sich ganze Parlamente und Regierungen kaufen können, wie es ihnen angenehm ist. Dort ist das Geld zu holen, um Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich zu finanzieren.

4. Nicht die Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten sind die Ursachen der Arbeitslosigkeit, sondern das grenzenlose Profitstreben der Konzerne und Unternehmen. Wenn es stimmen sollte, daß die Höhe der Löhne und Gehälter die Arbeitslosigkeit bedingen, dann müßte es in allen sog. Billiglohnländern Vollbeschäftigung und blühende Konjunktur geben. Die Wirklichkeit sieht anders aus.

Es ist nicht hinnehmbar, daß ein führender Sozialdemokrat einen solchen arbeiterfeindlichen Vorschlag macht und zu dem Zeitpunkt in die öffentliche Diskussion bringt, wo die Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes sich in den Tarifaueinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche befinden. Dies scheint kein Zufall zu sein.

Es ist die DKP, die allein uneingeschränkt die gewerkschaftliche Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich unterstützt. Es ist die DKP, die ein 100-Milliarden-Beschäftigungsprogramm fordert.

Wer Arbeitslosigkeit wirklich beseitigen will, muß nach dem Verursacherprinzip vorgehen.

Deshalb:

- Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Ausbildungs- und Beschäftigungsverpflichtungen für das Kapital
- Staatliches Beschäftigungsprogramm von mindestens 100 Mrd. DM
- Finanzierung aus den Konzernprofiten und dem Rüstungshaushalt
- Abrüstung für Arbeitsplätze!
- Beschneidung der Unternehmernmacht und Ausweitung der Mitbestimmung

Egon Momberger

Einstieg in die 35-Stunden-Woche erreicht.

Tarifabschluß im öffentlichen Dienst, bei Post und Bahn

Für die 2,7 Millionen Beschäftigten bei Bund, Ländern und Gemeinden sowie bei Bahn und Post fällt am 1. April 1989 die 40-Stunden-Woche. Die Einkommen werden in diesem Jahr, allerdings erst ab dem 1. März, um 2,4 % erhöht. Für 1989 wurden Einkommenserhöhungen von 1,4 % und für 1990 von 1,7 % vereinbart.

Die tarifpolitische Stahlhelm-Fraktion konnte sich mit ihrer kategorischen Ablehnung einer Arbeitszeitverkürzung

bei vollem Lohnausgleich nicht durchsetzen, auch wenn sie in allerletzter Minute weitere Schützenhilfe von Oskar Lafontaine erhielt. Der Abschluß ist das Ergebnis der in den Warnstreiks dokumentierten Kampfbereitschaft. Die Aktionen haben Wirkung gezeigt. Angesichts der minimalen Einkommenserhöhungen für die Jahre 1989 und 1990 besteht aber die Gefahr realer Einkommensverluste. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes werden sich aus diesem Grund in den nächsten Jahren nicht von der Tarifpolitik verabschieden können; Nachverhandlungen können bei steigender Inflationsrate notwendig werden.

Der Kampf der Stahlarbeiter von Rheinhausen, Hattingen und der Kumpel der Maxhütte (Oberpfalz) um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze stehen für den festen Willen der Menschen, der Profitpolitik von Krupp und Thyssen eine Lebensperspektive für Jung und Alt entgegenzusetzen. Vom Stahlkumpel über den Metzger, Bäcker, Gemüsehändler bis zum Pfarrer ist man sich in den angesprochenen Regionen einig: Rheinhausen, Hattingen, die Maxhütte müssen leben!

Betrachtet man die Arbeitsplatzvernichtung der vergangenen Jahre in den heimischen Betrieben wie Buderus Wetzlar, Buderus Burgsolms, Will-Optik, Molto Weilburg, Minox, Heiko, Banninger und die noch vor uns stehende Entlassungswelle bei Leitz, Philips, Buderus, so sind das tausende vernichteter Arbeitsplätze und hat ähnlich katastrophale Auswirkungen auf unseren Raum. Wo sollen denn die Älteren unter uns noch Arbeit finden? Und wo erhalten eigentlich unsere Kinder Ausbildung und Arbeit? Was wird mit ihrer Zukunft?

Wir Wetzlarer und Gießener brauchen nicht irgendwo, sondern hier Arbeits- und Ausbildungsplätze für alle! Deshalb sollten wir ernsthaft über das nachdenken, was der Betriebsratsvorsitzende der Maxhütte (Sulzbach), kürzlich auf einer Veranstaltung der IG Metall Wetzlar, sinngemäß gesagt hat: Was nützt uns der beste Sozialplan, wenn wir nachher keine Arbeit finden! Deshalb müssen wir um den Erhalt jedes Arbeitsplatzes kämpfen. Und das nicht nur jeder für sich, sondern gemein-

sam. Hätten wir Stahlkocher der Maxhütte das nicht gemacht, wäre die Bude schon längst dicht. Was in der Oberpfalz und Rheinhausen richtig ist, kann in Mittelhessen nicht falsch sein. Deshalb kann man den Widerstand des Hensoldt-Betriebsrates gegen die verschleierte Entlassungsabsichten des Unternehmens nur begrüßen. Was wir brauchen ist ein breites Bündnis für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen, unter Beteiligung des DGB.

1947 erkannte die CDU in ihrem Ahlener Programm:
Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den Interessen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.

1988 belegt die Realität Tag für Tag:
Das kapitalistische Wirtschaftssystem wird den Interessen des deutschen Volkes nicht gerecht!

Wir sagen:
Soziale Sicherheit kann es nur in einer sozialistischen Bundesrepublik geben!

MAI-VERANSTALTUNG DER DKP

AM DONNERSTAG, DEN 28. APRIL,
20.00 UHR,
BÜRGERHAUS KLEINLINDEN

MIT

ABANTU AFRO-FUNK

BEATRIZ BRINKMANN
VERTRETERIN DES DEMOKRATISCHEN CHILE

SOWIE EINEM KOLLEGEN VOM KRUPP-STAHLWERK RHEINHAUSEN

EINTRITT DM 10,- ERM. DM 7,-



Kommt zur Mai-Demonstration des DGB

am Sonntag, den 1. Mai
10 Uhr ab Brandplatz
Demonstration
des Deutschen Gewerkschaftsbundes
11 Uhr Hessenhalle
Kundgebung
mit

Gerd Lütgert, stellvertretender Vorsitzender des DGB Hessen und Kulturprogramm



IMPRESSUM:

Herausgeber:
DKP Kreisvorstand Gießen

Verantwortlich:
Erika Beltz, Frankfurter Straße 59, 6300 Gießen

Druck:
Eigendruck